

Einsetzungsbeschluss des Bundesvorstandes für eine Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung und Aufklärung der gegen die Grünen der 1980er Jahre erhobenen Vorwürfe der Unterstützung pädophiler Aktivisten und Bestrebungen

Vorbemerkung

In der Debatte um eine Entkriminalisierung des Sexualstrafrechts gab es in der Grünen Partei vor allem Anfang der 1980er Jahre den Versuch pädophiler Interessensgruppen, die Straffreiheit pädophiler Beziehungen im politischen Programm zu verankern. Für uns steht fest: Diese Forderungen waren zu keinem Zeitpunkt akzeptabel. Es hätten schon viel früher Konsequenzen gezogen werden müssen.

Wir sind den inakzeptablen Forderungen nicht in der nötigen Konsequenz entgegengetreten und haben erst viel zu spät die Verantwortung übernommen. Das war falsch und wir bedauern, dass viele Jahre verstrichen sind, ohne eine vollständige Aufklärung und Aufarbeitung herbeizuführen und eine Entschuldigung auszusprechen.

Wir entschuldigen uns bei denen, die sich durch unsere Debatten und Positionen in den 1980er Jahren in ihrem Schmerz und Leid verhöhnt fühlen. Wir bedauern es zutiefst, wenn durch diese Debatten Täter ein Gefühl der Legitimation für ihre Taten erhalten haben sollten. Auch wenn Parteien grundsätzlich keine mit Trägern von Heimen oder Schulen vergleichbare Aufsichtspflicht oder Fürsorgeverantwortung innehaben, sind wir uns der historischen und moralischen Verantwortung als grüne Partei bewusst.

Die Forderung von Straffreiheit für pädophile Beziehungen bei den Grünen in den 1980er Jahren hat im Bundestagswahlkampf 2013 eine große Rolle gespielt. Viele Parteimitglieder erfuhren erst durch die Medien von dem dunklen Kapitel in den Anfangsjahren der Partei. In den Medien, in der Partei, aber auch bei den Wählerinnen und Wählern wurde die berechtigte Frage laut, warum die Partei im Sinne von Transparenz und Glaubwürdigkeit über diesen Teil der Geschichte nicht ausreichend informiert hat und ihn nicht früher aufgeklärt hatte.

Die Parteispitze entschied im Mai 2013, die Geschichte der Grünen rund um die Forderung nach Straffreiheit für pädophile Beziehungen von unabhängiger Seite aufarbeiten zu lassen. Wir fördern ein Forschungsprojekt des Parteienforschers Prof. Franz Walter am Göttinger Institut für Demokratieforschung mit 209.000 Euro. Ende 2014 wird das Projekt mit einem Bericht abgeschlossen. Dann liegen wissenschaftlich fundierte und systematische Ergebnisse der Aufarbeitung vor. Ein Zwischenbericht ist bis zum Ende des Jahres 2013 geplant.

Diese fundierte wissenschaftliche Aufarbeitung von unabhängiger Seite ist und bleibt dringend notwendig, damit alle Fakten ans Licht kommen. Eine rein parteiinterne Aufarbeitung kann das nicht leisten. Andererseits zeigte sich - jenseits der unabhängigen Aufklärung durch Prof. Walter - das Bedürfnis, einen weiteren eigenen Aufklärungsprozess zu initiieren. Als jüngere Partei stehen

wir vor der Aufgabe, unsere eigene Geschichte mit allen ihren Teilen und Aspekten anzunehmen, gerade in einer Zeit, in der ein Generationswechsel erfolgt.

Die Bundesdelegiertenkonferenz beschloss deshalb im Oktober 2013 in Berlin, eine Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der Forderungen nach Straffreiheit für Pädophilie einzusetzen.

A. Zusammensetzung

Die Arbeitsgruppe ist beim Bundesvorstand angesiedelt. Die Leitung übernimmt die Bundesvorsitzende Simone Peter, die stellvertretende Leitung der Politische Geschäftsführer Michael Kellner.

Weitere Mitglieder der Arbeitsgruppe sind:

Christoph Becker-Schaum

Marcus Bocklet

Emily Büning

Ekin Deligöz

Katja Dörner

Andrea Fischer

Melanie Haas

Britta Haßelmann

Arndt Klocke

Sibylle Knapp

Benedikt Mayer

Claudia Schlenker

Michael Schlikker

Barbara Unmüßig

Die Arbeitsgruppe wird sich gezielt von externen Expertinnen und Experten beraten lassen, die Erfahrung mit Aufarbeitungsprozessen und den dabei auftauchenden spezifischen Fragestellungen haben.

B. Aufgaben

1. Gespräche mit Zeitzeugen

Ein Teil der Arbeit der Arbeitsgruppe wird darin bestehen, Zeitzeugengespräche zu führen, um umfassend Kenntnisse über die gesellschafts- und parteipolitischen Zusammenhänge jener Zeit zu gewinnen.

Ziel ist herauszufinden, wie Zeitzeugen die damalige Debatte wahrgenommen haben und warum es so lange dauerte, bis Forderungen nach Straffreiheit für pädophile Beziehungen keinen Platz mehr hatten in der Partei. Auch die Antworten auf die Fragen, warum damals nicht erkannt wur-

de, dass die Vorstellung von der Möglichkeit einvernehmlicher Sexualkontakte zwischen Erwachsenen und Kindern falsch und absolut inakzeptabel ist, warum nicht eingegriffen wurde, wie das gesellschaftliche Umfeld aussah und welche anderen Fragen thematisiert wurden, sind gerade für jüngere Mitglieder und Aktive interessant. Warum wurde die Notwendigkeit zur Aufklärung viele Jahre nicht gesehen? Darüber wollen wir mit grünen Zeitzeugen und Vertreterinnen und Vertretern der Gründergeneration sprechen

Die Arbeitsgruppe wird geeignete Formen der öffentlichen Dokumentation der Zeitzeugengespräche suchen.

2. Umgang mit Opfern

Die Arbeitsgruppe erarbeitet einen angemessenen Umgang mit denjenigen, die unter den Debatten und Positionen der Partei zum Thema Straffreiheit für pädophile Beziehungen gelitten haben, und sucht nach Wegen, wie wir Opfer ermutigen können, Kontakt aufzunehmen und von ihren Erlebnissen zu berichten. Die Arbeitsgruppe vermittelt ihnen Kontaktmöglichkeiten zu professionellen Beratungsangeboten unter Zuhilfenahme externer Fach- und Beratungsstellen. So wurde mit dem Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig, bereits Kontakt aufgenommen und eine Zusammenarbeit diesbezüglich besprochen. Dafür sollen auch die Ergebnisse der wissenschaftlichen Aufarbeitung durch Prof. Franz Walter als Grundlage dienen.

3. Aufarbeitung in Kreisverbänden und Landesverbänden, Fraktionen und BAG Schwule

Die Arbeit der Arbeitsgruppe richtet sich auch an die Landesverbände und Kreisverbände. Alle Untergliederungen fordern wir auf, sich für diesen Prozess zu öffnen. Das heißt auch, in ihre alten Archive zu schauen und langjährige Mitglieder zu befragen. Einige Landesverbände bereiten eigene Aufarbeitungsprozesse vor. Die Arbeitsgruppe wird zu den dortigen Arbeitsgruppen Kontakt halten und einen gemeinsamen Arbeits- und Erfahrungsaustausch organisieren.

Die Arbeitsgruppe erstellt dafür Beispiele und Leitfragen.

4. Begleitung wissenschaftlicher Prozess Institut für Demokratieforschung

Die Arbeitsgruppe hat als Ziel die wissenschaftliche Aufarbeitung vom Göttinger Institut für Demokratieforschung zu begleiten und die interne Aufklärung zu unterstützen. Wir wollen in unsere eigene Geschichte schauen, um sie besser zu verstehen.

Wir bitten erneut alle Untergliederungen und Mitglieder darum, Ergebnisse und Archivfunde an das Grüne Gedächtnis und an das Institut für Demokratieforschung zu übergeben.

5. Kontakt

Die Arbeitsgruppe dient als Kontaktstelle für alle, die uns Hinweise oder eigene Erfahrungsberichte zukommen lassen wollen. Sie ist unter aufarbeitung@gruene.de zu erreichen.

6. Abschlussbericht

Die Arbeitsgruppe legt dem Bundesvorstand Mitte 2015 einen Abschlussbericht vor.

Beschlusstext BDK

Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung und Aufklärung der gegen die Grünen der 1980er Jahre erhobenen Vorwürfe der Unterstützung pädophiler Aktivisten und Bestrebungen

Zur Aufarbeitung und Aufklärung der gravierenden Vorwürfe der Förderung pädophiler Aktivisten und Bestrebungen durch grüne Basisgruppen, Partei- und Fraktionsstrukturen und Parteivertreter_innen in den 1980er Jahren sowie der Ergebnisse und Zwischenergebnisse der bereits mit einer entsprechenden Recherche beauftragten Politikwissenschaftler richtet der Bundesvorstand eine repräsentativ zusammengesetzte Arbeitsgruppe ein, die sich zeitnah mit allen neuen Erkenntnissen und deren Einordnung in ein Gesamtbild grüner Politik der **1980er Jahre befasst**.